

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Infrastrukturrichtlinie)

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus



Vom 2. Februar 2015 – V 320 –

VV Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 630 - 279

Das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus erlässt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Anhörung des Landesrechnungshofes folgende Verwaltungsvorschrift:

1 **Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

1.1 Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt nach Maßgabe

- des Artikels 91a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- des GRW-Gesetzes vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2251) geändert worden ist,
- des Koordinierungsrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 1. Juli 2014 vom 27. Juni 2014 (BAnz AT 04.08.2014 B1) (nachfolgend Koordinierungsrahmen genannt),
- des von der Europäischen Kommission am 29. Oktober 2014 genehmigten Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Mecklenburg-Vorpommern für die Förderperiode 2014 bis 2020, CCI-Code 2014DE16RFOP008, einschließlich der Rechtsvorschriften der Europäischen Union für die Durchführung der Strukturfondsinterventionen,
- des Landeshaushaltsgesetzes,
- der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern,
- dieser Verwaltungsvorschrift

Zuwendungen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, zur regionalpolitischen Flankierung von Strukturproblemen und zur Unterstützung von regionalen Aktivitäten, soweit sie unmittelbar für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft erforderlich sind.

1.2 Wirtschaftsnahe Infrastruktur im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift dient zielgerichtet und vorrangig der Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft sowie in Nummer 2.9 der Förderung der Forschung und Wissensverbreitung oder Generierung neuen Wissens.

1.3 Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf die Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 **Gegenstand der Förderung**

Gefördert werden können insbesondere:

- 2.1 die Erschließung, der Ausbau und die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegebieten,
- 2.2 die Errichtung, Modernisierung oder der Ausbau von Verkehrsanlagen zur Anbindung von Gewerbegebieten und -betrieben an das überregionale Straßen- oder Schienenverkehrsnetz, von Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, von Abwasser-, Strom-, Gas-, Fernwärme- und anderen Energieleitungen zur Anbindung von Gewerbebetrieben an das regionale oder überregionale Versorgungsnetz,
- 2.3 die Errichtung, Modernisierung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen des Tourismus sowie die Geländeerschließung für den Tourismus wie
 - a) touristische Radwege, insbesondere wenn sie Bestandteile des Fern- und Rundroutensystems oder Neben- oder Verbindungsstrecken desselben sind,
 - b) Wander-, Lehr-, Erlebnis- und Naturpfade,
 - c) unentgeltliche Park- und Rastplätze,
 - d) öffentliche Toiletten,
 - e) unentgeltliche Informationszentren und Häuser des Gastes,
 - f) Promenaden, Kurparks und Seebrücken,
 - g) Bootsanlegestellen und Wasserwanderrastplätze,
 - h) Badestellen,
 - i) Schlechtwetterfreizeitangebote sowie kulturelle und Sporteinrichtungen mit überwiegendem touristischem Bezug,

- 2.4 die Errichtung, Modernisierung und der Ausbau von Gewerbezentren (Forschungs-, Telematik-, Technologie-, Gründerzentren oder -parks),
- 2.5 die Errichtung, Modernisierung und der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Ausbildung,
- 2.6 die Errichtung oder der Ausbau von Kommunikationsverbindungen (bis zur Anbindung an das Netz oder den nächsten Knotenpunkt),
- 2.7 die Errichtung oder der Ausbau von Anlagen für die Beseitigung oder Reinigung von gewerblichem Abwasser und Abfall (Sofern diese Infrastrukturvorhaben nicht nach Artikel 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) freigestellt sind, müssen sie bei der Europäischen Kommission einzeln notifiziert werden.),
- 2.8 die Errichtung oder der Ausbau von Hafeninfrastruktureinrichtungen (Diese Infrastrukturvorhaben müssen bei der Europäischen Kommission einzeln notifiziert werden.),
- 2.9 die Errichtung, der Ausbau oder die Modernisierung von Forschungsinfrastruktur bei wirtschaftsnahen gemeinnützigen außeruniversitären Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, die vom Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus als Kompetenzzentren anerkannt worden sind und die Definition gemäß Artikel 2 Nummer 83 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung erfüllen; ebenso können ausnahmsweise Geräte für andere Forschungseinrichtungen gefördert werden, wenn sie Verbundforschung betreiben,
- 2.10 die Beseitigung von Industrie- und militärischen Altlasten, die die wirtschaftliche Entwicklung eines Standortes hemmen,
- 2.11 die Erarbeitung von Integrierten Regionalen Entwicklungskonzepten durch Dritte,
- 2.12 die Installation von Kooperationsnetzwerken und Clustermanagement,
- 2.13 Planungs- und Beratungsleistungen zur Vorbereitung und Durchführung förderfähiger Infrastrukturmaßnahmen (Nicht gefördert wird die Bauleitplanung.).

3 Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger sind

- a) vorzugsweise kommunale (Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise) sowie weitere Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts und Gemeindeverbände des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die der Kommunalaufsicht unterstehen, sowie gegebenenfalls andere juristische Personen des öffentlichen Rechts,

- b) juristische Personen, die steuerbegünstigte Zwecke verfolgen, wenn die Voraussetzungen der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung erfüllt sind und dies vom Finanzamt anerkannt ist oder andere juristische Personen, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind; in diesen Fällen ist eine Besicherung eventueller Haftungs- und Rückforderungsansprüche in geeigneter Form vorzusehen,
- c) für Maßnahmen nach Nummer 2.12 auch Zusammenschlüsse und Vereinigungen mehrerer, jedoch mindestens drei Partner; hiervon muss mindestens ein Partner ein Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sein, wie zum Beispiel wirtschaftsnahe Einrichtungen und regionale Akteure. Der diskriminierungsfreie Zugang weiterer Partner ist sicherzustellen.

3.2 Der Zuwendungsempfänger ist in vollem Umfang für die richtlinienkonforme Abwicklung des Vorhabens verantwortlich und haftet dementsprechend gegenüber dem Zuwendungsgeber für den Fall einer etwaigen Rückforderung.

3.3 Der Zuwendungsempfänger kann die Ausführung, den Betrieb und die Vermarktung der Infrastrukturmaßnahme sowie das Eigentum an der Infrastrukturmaßnahme an natürliche oder juristische Personen, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, übertragen. Dafür müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- a) Die Förderziele der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden gewahrt.
- b) Bei der Auswahl des Betreibers sind die vergabe- und beihilferechtlichen Vorschriften gewahrt.
- c) Die Interessen des Zuwendungsempfängers werden gewahrt, indem dieser ausreichenden Einfluss auf die Ausgestaltung der Maßnahme behält.
- d) Die wirtschaftliche Aktivität des Betreibers hat sich auf den Betrieb oder die Vermarktung der Infrastruktureinrichtung zu beschränken. Er darf die Infrastruktureinrichtung nicht eigenwirtschaftlich nutzen.

Der Zuwendungsempfänger hat zuvor mit der Bewilligungsbehörde Einvernehmen herzustellen.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Zuwendungen sind an nachstehend aufgeführte allgemeine Voraussetzungen gebunden:

- a) Das Vorhaben muss im Zusammenhang mit der Schaffung und Sicherung gewerblicher Arbeitsplätze notwendig sein.
- b) Sollten Zuwendungsempfänger, Betreiber und Eigentümer der Infrastrukturmaßnahme auseinanderfallen, ist eine Regelung zur Wertabschöpfung zu verankern, die sicherstellt, dass etwaige Gewinne oder Vorteile beim Zuwendungsempfänger und/oder Betreiber und/oder Eigentümer der Infrastruktur abgeschöpft werden und

nach Abzug der Aufwendungen nach Ablauf der Bindungsfrist nach Nummer 4.1 Buchstabe g an den Zuwendungsgeber abgeführt werden.

- c) Betreiber und Nutzer sowie Zuwendungsempfänger und Nutzer der geförderten Infrastruktureinrichtung dürfen weder rechtlich, personell noch wirtschaftlich verflochten sein (gilt nicht für Nummer 2.9).
- d) Das Vorhaben muss öffentlich gewidmet sein, der transparente und diskriminierungsfreie Zugang ist durch den Zuwendungsempfänger sicherzustellen, Vorhaben zu Gunsten Einzelner werden nicht gefördert, die Infrastruktur muss mehreren Nutzern offenstehen.
- e) Zuwendungen können nur für Vorhaben gewährt werden, mit deren Durchführung noch nicht begonnen wurde. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn kann auf schriftlichen Antrag nach einzelfallbezogener Prüfung durch das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus genehmigt werden. Als Maßnahmebeginn gilt der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages, bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung sowie sonstige vorbereitende Maßnahmen nicht als Beginn. Dies gilt auch für den Grunderwerb mit Ausnahme des Erwerbs von Gebäuden einschließlich des dazugehörigen Grund und Bodens bei Vorhaben nach den Nummern 2.4, 2.5, 2.9 und 2.10.
- f) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens und die Finanzierung der Folgekosten müssen gesichert sein.
- g) Der Zuwendungsempfänger und gegebenenfalls Betreiber ist an die Erfüllung der Förderbedingungen in der Regel 25 Jahre nach Fertigstellung gebunden.

4.2 Daneben gelten folgende spezifischen Zuwendungsvoraussetzungen:

4.2.1 Zu Nummer 2.1

- a) Die Revitalisierung von Gewerbe- und Industriegebieten hat Vorrang vor Ausbau und Neuerschließungen.
- b) Die erschlossenen, ausgebauten oder revitalisierten Flächen sind ausschließlich zum Marktpreis an den besten Bieter im Einklang mit der Mitteilung der Europäischen Kommission betreffend Elemente staatlicher Beihilfen bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand nach öffentlichen Verkaufsbemühungen (wie z. B. Hinweistafeln auf dem Gewerbegebiet, Veröffentlichung in der Gewerbegebietsliste und in überregionalen Tageszeitungen, Einschaltung eines überregional tätigen Maklers) zu veräußern.
- c) Ist der Zuwendungsempfänger Eigentümer des Grundstücks, sind die Vermarktungsüberschüsse an den Zuwendungsgeber zurückzuführen. Überschüsse ergeben sich als Differenz zwischen dem erzielten oder erzielbaren Verkaufspreis und der Summe der Kosten aus Grundstückserwerb oder Verkehrswert des unerschlossenen Grundstücks zuzüglich des Eigenanteils des

Zuwendungsempfängers an den förderfähigen Gesamtausgaben der Maßnahme und Ausgaben für nicht förderfähige Vorhabensbestandteile.

- d) Ist der Zuwendungsempfänger in Ausnahmefällen nicht der Eigentümer des Grundstücks, so muss er über das Grundstück gegenüber dem Eigentümer vertraglich abgesicherte Einwirkungsrechte auf die Umgestaltung und spätere Nutzung besitzen. In diesen Fällen muss per Abschöpfungsvertrag zwischen ihm und dem Eigentümer des Grundstücks gewährleistet sein, dass eine etwaige Wertsteigerung des erschlossenen oder revitalisierten Grundstücks bei der Ermittlung der förderfähigen Ausgaben in Abzug gebracht wird und alle aus den Arbeiten entstehenden Vorteile vollständig an den Zuwendungsempfänger und von diesem an den Zuwendungsgeber weitergereicht werden.

4.2.2 Zu Nummer 2.2

- a) Sofern die Infrastrukturvorhaben der leitungsgebundenen Ver- und Entsorgung nicht nach Artikel 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 freigestellt sind, müssen sie bei der Europäischen Kommission einzeln notifiziert werden.
- b) Die Förderung ist vorrangig zur Reduzierung der Beiträge der Beitragspflichtigen zu verwenden.

4.2.3 Zu Nummer 2.3

- a) Die Förderung erfolgt nur für solche Vorhaben, die als Basis für das Wachstum des regionalen Tourismus in der Zukunft dienen und die überwiegend touristisch genutzt werden.
- b) Öffentliche Einrichtungen des Tourismus sind Basiseinrichtungen der Infrastruktur des Tourismus, die für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusbetrieben von unmittelbarer Bedeutung sind und überwiegend dem Tourismus dienen. Als Nachweis dient eine qualifizierte Begründung (u. a. Einfügen der geförderten Maßnahme in ein regionales touristisches Konzept).
- c) Bei der Förderung touristischer Infrastruktureinrichtungen ist zwischen nicht einnahmeschaffenden Maßnahmen und einnahmeschaffenden Maßnahmen zu differenzieren.
- d) Die Förderung einnahmeschaffender Maßnahmen erfolgt beihilferechtlich auf der Grundlage der Artikel 53, 55 oder 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 sowie gegebenenfalls Artikel 61 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

4.2.4 Zu Nummer 2.4

- a) Der Zuschuss soll ausschließlich den Nutzern einen wirtschaftlichen Vorteil verschaffen. Um sicherzustellen,

dass kein Vorteil auf Ebene des Zuwendungsempfängers verbleibt, sind folgende Bedingungen einzuhalten:

- Für die Errichtung oder den Ausbau des Zentrums wird eine öffentliche Ausschreibung der Maßnahme entsprechend den vergaberechtlichen Vorschriften durchgeführt.
 - Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, die Nutzung des Zentrums für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren zu gewährleisten. Insofern erhalten die Zuwendungsempfänger während dieses Zeitraums von mindestens 15 Jahren, in dem die Gebäude als Zentrum genutzt werden müssen, keinen Vorteil.
 - Nach Ablauf der Bindungsfrist verbleiben die Gebäude in der Regel im Eigentum der Zuwendungsempfänger. Um sicherzustellen, dass auf der Ebene der Zuwendungsempfänger kein Vorteil verbleibt, muss danach eine Gewinnabschöpfung erfolgen. Dies geschieht entweder im Wege der Ertragswertmethode (z. B. Discounted-Cash-Flow-Methode) oder nach einer von der Europäischen Kommission anderweitig anerkannten Methode (vergleiche Verordnungen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds). Dabei werden einschließlich des Gebäuderestwertes alle Gewinne und Verluste berücksichtigt, die dem Zuwendungsempfänger innerhalb der Bindungsfrist entstanden sind.
- b) Sofern der Zuwendungsempfänger mit der Durchführung einen Betreiber beauftragt, gelten die vorstehenden Regelungen entsprechend. Insbesondere ist sicherzustellen, dass kein Vorteil auf der Ebene der Betreiber nach Ablauf der Bindungsfrist verbleibt.
- c) Der Zuwendungsempfänger oder Betreiber des Zentrums stellt den Nutzern Räumlichkeiten und Gemeinschaftsdienstleistungen in der Regel für fünf, aber nicht länger als acht Jahre bereit. Eine Verlängerung der maximalen Nutzungsdauer darf nur ausnahmsweise erfolgen.
- d) Nutzer sollen grundsätzlich kleine Unternehmen und kleine innovative Unternehmen und nachrangig mittlere Unternehmen sein.
- e) Die Nutzer, die die Räumlichkeiten in den Zentren anmieten, werden indirekt durch staatliche Mittel begünstigt. Der Vorteil zu Gunsten der Nutzer besteht in der Regel in der im Vergleich zu den Marktpreisen kostengünstigeren Nutzung der Räume des Zentrums gegebenenfalls ergänzt um den anteiligen Wert der Inanspruchnahme von Gemeinschaftsdienstleistungen. Soweit die Miete und/oder die weiteren Angebote unter dem Marktpreis liegen, stellt die Maßnahme auf der Ebene der Nutzer eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 47) dar.

f) Die Beihilfe ist mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- für kleine Unternehmen, die nicht börsennotierte Unternehmen sind, deren Eintragung ins Handelsregister höchstens fünf Jahre zurückliegt, die noch keine Gewinne ausgeschüttet haben und nicht durch einen Zusammenschluss gegründet wurden, Zuschüsse von bis zu 600 000 Euro Bruttosubventionsäquivalent,
- für kleine und innovative Unternehmen, wenn die Voraussetzungen in Buchstabe f erster Anstrich vorliegen, Zuschüsse von bis zu 1,2 Mio. Euro Bruttosubventionsäquivalent,
- für mittlere innovative Unternehmen – oder wenn die Voraussetzungen des Buchstaben f erster und zweiter Anstrich nicht erfüllt sind –, wenn der Gesamtbetrag, der dem einzelnen Unternehmen gewährt wird, in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 200 000 Euro nicht übersteigt.

g) Die Nutzung durch große Unternehmen darf nur erfolgen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Es muss sichergestellt sein, dass die Bereitstellung der Räumlichkeiten und Gemeinschaftsdienstleistungen zu Marktpreisen erfolgt und angemessen befristet ist.
- Die Räumlichkeiten und Gemeinschaftsdienstleistungen müssen überwiegend und vorrangig von kleinen und kleinen innovativen Unternehmen genutzt und diese dadurch nicht verdrängt werden.
- Es ist nachzuweisen, dass eine Bereitstellung an kleine und kleine innovative Unternehmen trotz ernsthafter Akquisitionsbemühungen nicht möglich war.

4.2.5 Zu Nummer 2.5

- a) Vorhaben zur Errichtung, Modernisierung und Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Ausbildung werden in der Regel nur auf der Grundlage der Schulentwicklungsplanung auf Basis von Konzepten und differenzierter längerfristig nachgewiesener Bedarfe nach vorheriger Zustimmung durch das Kabinett gefördert.
- b) Der Fördertatbestand kommt nur zur Anwendung, soweit das Bildungsangebot vom staatlichen Ausbildungsauftrag erfasst wird und wenn gewerbliche Anbieter die in Rede stehende Investition nicht vornehmen würden.
- c) Konkret förderfähig sind:
 - sämtliche berufsbildenden Schulen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), die den Schulgesetzen der Länder unterliegen oder staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen mit vergleichbaren Bildungsangeboten,

- Einrichtungen der ergänzenden überbetrieblichen Berufsausbildung im Sinne von § 5 Absatz 2 Nummer 6 BBiG und § 26 Absatz 2 Nummer 6 der Handwerksordnung (HwO),
- Internate, sofern diese für den Betrieb von förderfähigen Einrichtungen der Berufsausbildung erforderlich sind,
- Einrichtungen mit speziellen berufsvorbereitenden oder berufsbegleitenden Ausbildungsangeboten, zum Beispiel im Sinne von §§ 64 bis 67 BBiG oder § 42k HwO und §§ 68 bis 70 BBiG oder § 42o HwO sowie §§ 51 bis 55 Drittes Buch Sozialgesetzbuch und § 33 Absatz 3 Nummern 2 und 4 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch sowie
- Einrichtungen zur beruflichen Fortbildung, soweit sie im Rahmen von geregelten Bildungsgängen, deren Inhalte in einer Fortbildungsordnung nach § 53 BBiG oder § 42 HwO geregelt sind oder die mit einer Prüfung aufgrund einer Prüfungsregelung nach § 54 BBiG oder § 42a HwO oder §§ 45, 51a HwO abschließen, die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln.

4.2.6 Zu Nummer 2.6

- a) Im Hinblick auf eine möglichst kostengünstige Anbindung der Unternehmen soll auch der Bedarf umliegender, nicht förderfähiger Betriebe und Haushalte berücksichtigt sowie in die Förderung mit einbezogen werden.
- b) In Gebieten, in denen ein Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern dieser Leistungen besteht oder gewerbliche Angebote zur Infrastrukturbereitstellung vorliegen, erfolgt keine Förderung.
- c) Eine Förderung im Bereich der Kommunikationsverbindungen ist grundsätzlich nur in unterversorgten Gebieten zulässig, die über keine NGA-Infrastruktur¹ (weiße NGA-Flecken) verfügen und innerhalb der nächsten drei Jahre nach erwartetem Investitionsbeginn unter Marktbedingungen aller Voraussicht nach auch nicht verfügen werden. Die Identifizierung eines sogenannten „weißen NGA-Flecks“ – und damit die Eingrenzung des betroffenen Gebietes – erfolgt durch die örtlichen Behörden oder einen erfahrenen Dritten. Diese müssen sowohl unter angemessener Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls als auch unter fiskalischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten abwägen, ob die Erschließung von Gebieten mit hochleistungsfähigen NGA-Netzen bedarfsgerecht und sinnvoll ist. Auf jeden Fall muss aber ein gefördertes Vorhaben wesentliche Verbesserung der Versorgung mit NGA-Dienstleistungen herbeiführen.
- d) Die Förderung wird im Rahmen einer offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Ausschreibung gemäß der EU-Vergaberichtlinie durchgeführt. Die Bestimmungen

des Haushalts- und Vergaberechts sind zu beachten. Die Ausschreibung und ihr Ergebnis müssen auf dem Online-Portal www.breitbandausschreibungen.de erfolgen.

- e) Der Netzbetreiber muss zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen möglichst umfassenden Zugang zur aktiven und passiven Infrastruktur auf Vorleistungsebene gewähren und die Möglichkeit einer tatsächlichen und vollständigen physischen Entbündelung bieten. Der Zugang auf Vorleistungsebene ist für mindestens sieben Jahre zu gewähren, sofern neue Infrastrukturelemente (z. B. Leerrohre oder Masten) bezuschusst werden, ist der Zugang dazu ohne zeitliche Beschränkung zu gewährleisten. Im Falle einer Förderung zur Finanzierung der Verlegung von Leerrohren müssen diese groß genug für mehrere Kabelnetze und auf verschiedene Netzwerktopologien ausgelegt sein. Bietet ein Netzbetreiber auch Endkundendienste an, so ist der Zugang mindestens sechs Monate vor der Markteinführung dieser Dienste zu gewähren.
- f) Die Preise für den Zugang auf Vorleistungsebene müssen auf den üblichen Preisbildungsverfahren der Bundesnetzagentur und auf Benchmarks, das heißt, auf Preisen beruhen, die in vergleichbaren, von mehr Wettbewerb geprägten Gebieten des Landes oder der Union gelten, wobei die dem Netzbetreiber gewährten Zuschüsse zu berücksichtigen sind.
- g) Für Beihilfen von mehr als 10 Mio. Euro muss ein Überwachungs- und Rückforderungsmechanismus gemäß § 9 der Bundesrahmenregelung NGA eingerichtet werden.

4.2.7 Zu Nummer 2.9

- a) Der für den Betrieb oder die Nutzung der Infrastruktur berechnete Preis muss dem Marktpreis entsprechen.
- b) Die Infrastruktur muss mehreren Nutzern offenstehen und der Zugang zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen gewährt werden. Unternehmen, die mindestens 10 Prozent der Investitionskosten der Infrastruktur finanziert haben, können einen bevorzugten Zugang zu günstigeren Bedingungen erhalten. Um Überkompensationen zu verhindern, muss der Zugang in einem angemessenen Verhältnis zum Investitionsbeitrag des Unternehmens stehen. Ferner werden die Vorzugsbedingungen öffentlich zugänglich gemacht.
- c) Wenn eine Forschungsinfrastruktur sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten öffentliche Mittel erhält, wird ein Monitoring- und Rückforderungsmechanismus eingerichtet, um sicherzustellen, dass die zulässige Beihilfeintensität nicht überschritten wird, weil der Anteil der wirtschaftlichen Tätigkeiten höher ist als zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe geplant.
- d) Gefördert werden die Anschaffung von Geräten sowie bauliche Investitionsvorhaben einschließlich notwendiger forschungsspezifischer Infrastruktur (z. B. Infrastrukturen der Informations- und Kommunikationstechnologien und der technischen Versorgung).

¹ Next Generation Access (Netze der nächsten Generation)

5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Die Zuwendung beträgt für Vorhaben gemäß den Nummern 2.1 bis 2.8 und Nummer 2.10 in der Regel 60 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben und die Förderung kann bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen, wenn mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- a) das Vorhaben wird in interkommunaler Zusammenarbeit durchgeführt,
- b) das Vorhaben ordnet sich in eine regionale Entwicklungsstrategie ein,
- c) das Vorhaben dient der Revitalisierung eines Altstandortes.

Die Entscheidung trifft das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus in Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde unter Würdigung der Besonderheiten des Einzelfalls. Hierbei spielen insbesondere die Bedeutung des Vorhabens für die Regionalentwicklung und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Zuwendungsempfängers eine Rolle.

5.3 Die Zuwendung beträgt für Vorhaben gemäß Nummer 2.9 bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, dabei darf die Beihilfeintensität 50 Prozent der beihilfefähigen Ausgaben nicht überschreiten. Beihilfefähige Ausgaben sind ausschließlich diejenigen Ausgaben, die mit den wirtschaftlichen Tätigkeiten der Infrastruktur verbunden sind.

5.4 Die Zuwendung beträgt für Vorhaben gemäß Nummer 2.11 bis zu 75 Prozent, maximal jedoch 50 000 Euro, für Vorhaben gemäß Nummer 2.12 bis zu 75 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal insgesamt 300 000 Euro für einen Zeitraum von drei Jahren [bei Beteiligung von mindestens fünf Partnern maximal 500 000 Euro (bei besonderer Begründung ist eine bis zu zweimalige Verlängerung möglich)] sowie für Vorhaben gemäß Nummer 2.13 bis zu 75 Prozent.

5.5 Zuwendungsfähig sind nur Ausgaben, soweit sie zur Durchführung des Vorhabens zwingend erforderlich sind und den Grundsätzen von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen. Das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus, die Bewilligungsbehörde und die fachlichen Dienststellen legen auf der Grundlage des anerkannten Standes der Technik und allgemeiner Normen Kriterien für den Umfang angemessener zuwendungsfähiger Ausgaben fest, die fortgeschrieben werden. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich:

- a) Ausgaben für die Baureifmachung (Geländegestaltung, Abriss von Gebäuden, Altlastensanierung u. Ä.),
- b) Ausgaben für Bauleistungen (verkehrs- und medientechnische Erschließung, ggf. Gebäudeerrichtung, Errichtung von Verkehrs- und Schutzanlagen, Begrünung u. Ä.),

c) Ausgaben für Ausstattung und Geräte, soweit notwendig und unabweisbar,

d) Ausgaben für Baunebenkosten,

e) Ausgleichsmaßnahmen nach den Umwelt- und Naturschutzgesetzen, insoweit sie in einem räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Infrastrukturmaßnahme stehen,

f) Ausgaben für den Erwerb von vorhandenen Gebäuden (einschließlich des betriebsnotwendigen Grund und Bodens) nur bei Vorhaben entsprechend den Nummern 2.4, 2.5, 2.9 und 2.10 (Einrichtungen der beruflichen Ausbildung, Gewerbezentren, Kompetenzzentren sowie Industrie- und militärische Altlasten),

g) Ausgaben für das Clustermanagement oder die Kooperationsnetzwerke (Personal- und Sachausgaben),

h) Ausgaben für durch Dritte erbrachte Planungs- und Beratungsleistungen.

5.6 Bei Vorhaben gemäß Nummer 2.6 sind förderfähig:

a) die Nutzung oder Verlegung von passiven Infrastrukturen zur Errichtung einer NGA-fähigen Breitbandinfrastruktur mit einem nutzer- und anbieterneutralen Standard,

b) die Ausführung von Tiefbauleistungen mit oder ohne Verlegung von Leerrohren sowie die Bereitstellung von Schächten, Verzweigern und Abschlusseinrichtungen einschließlich Maßnahmen, durch die möglichst innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch bis zur Verfügbarkeit geeigneter Frequenzen, nur ein weniger leistungsfähiges Netz entsteht (etwa bei Glasfaseranbindung eines Mobilfunksendemastes), sofern dies durch einen Geschäftsplan objektiv nachvollzogen und in ein Gesamtprojekt eingebunden werden kann,

c) die Schließung einer konkret nachzuweisenden Wirtschaftlichkeitslücke als ausschließliche oder ergänzende Maßnahme beim Aufbau und Betrieb eines NGA-Netzes.

5.7 Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere:

a) Ausgaben für den Grunderwerb (mit Ausnahme der Nummern 2.4, 2.5, 2.9 und 2.10),

b) Ausgaben der Bauleitplanung,

c) Ausgaben des Unterhalts, für Wartung, Betrieb, Ersatzbeschaffung, sonstige Folgekosten.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Bei der Vergabe von Aufträgen sind die europäischen Vergaberichtlinien, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 5

des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066, 1121) geändert worden ist, das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 7. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 411), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juni 2012 (GVOBl. M-V S. 238) geändert worden ist, sowie die Vergabeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2003 (BGBl. I S. 169), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Mai 2011 (BGBl. I S. 800) geändert worden ist, mit den entsprechenden landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zu berücksichtigen.

- 6.2 Ein Verstoß gegen das Vergaberecht führt regelmäßig zu Rückforderungen.

7 Verfahren

- 7.1 Eine Zuwendung wird nur auf schriftlichen formgebundenen Antrag gewährt. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist zu richten an das

Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern
Werkstraße 213
19061 Schwerin

- 7.2 Für alle Zuwendungen ist das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern die Bewilligungsbehörde.

- 7.3 Die im Rahmen der geförderten Vorhaben eingesetzten anteiligen Fördermittel sind beim Landesförderinstitut gemäß dem Vordruck für die Mittelanforderung abweichend von den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern nur auf der Grundlage bereits bezahlter Rechnungen abzufordern. Die Bewilligungsbehörde kann zur stichprobenweisen Prüfung die Vorlage von Originalbelegen verlangen. Bei mehrjährigen Maßnahmen sind Zwischennachweise nur erforderlich, soweit die Dauer der Maßnahme drei Jahre überschreitet.

- 7.4 Die Auszahlung der Schlussrate in Höhe von bis zu 5 Prozent der Gesamtzuwendung erfolgt nach Vorlage des Gesamtverwendungsnachweises. Der Verwendungsnachweis hat einen zahlenmäßigen Nachweis nach Kostengruppen, die summarische Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sowie einen Sachbericht zu enthalten.

- 7.5 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift

Abweichungen zugelassen sind, und das Landesverwaltungsverfahrensgesetz. Abweichend von den Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern kann die Bewilligungsbehörde die Prüfung des Verwendungsnachweises durch Dritte auf Kosten des Zuwendungsempfängers verlangen.

- 7.6 In Förderfällen für ein Infrastrukturvorhaben mit einem Investitionsvolumen ab 10 000 000 Euro wird die Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit des Vorhabens, auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung, besonders geprüft.

- 7.7 Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde auf Verlangen anhand von Verwertungsbögen die Einhaltung der Zweckbindung für die aus der Zuwendung errichteten Investitionsvorhaben im zeitlichen Abstand von fünf Jahren nachzuweisen.

8 Subventionserheblichkeit der Angaben

Gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) in Verbindung mit dem Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Juli 1995 (GVOBl. M-V S. 330) ist der Subventionsnehmer verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention erheblich sind. Dem Subventionsgeber ist auch rechtzeitig vorher anzuzeigen, wenn jemand einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber beschränkt ist, entgegen den Verwendungsbeschränkungen verwenden will. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.

Tatsachen, die für die Bewilligung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind, sind subventionserheblich nach § 264 des Strafgesetzbuches. Zu den Tatsachen zählen insbesondere die im Antrag, in ergänzend dazu vorgelegten Unterlagen, in Mittelabrufen und in Nachweisen und Berichten enthaltenen Angaben. Änderungen von subventionserheblichen Tatsachen sind der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2014 in Kraft und am 31. Dezember 2020 außer Kraft.

AmtsBl. M-V 2015 S. 57